antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 89 Oktober 2015

Unsere Vereinigung wird weiter gebraucht – mehr denn je

Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA in Neumünster

Am 10. Oktober tagte die 42. Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA in Neumünster. Die obige Überschrift bringt eigentlich das Fazit der Landesdelegiertenkonferenz auf den Punkt. Nachdem der scheidende Landesvorsitzende Hartmut Büchsel die rhetorisch gemeinte Frage nach der zukünftigen Existenznotwendigkeit der VVN-BdA in seinem Referat zum Rechenschaftsbericht des Landesvorstands aufgeworfen hatte, war die Diskussion, in der die mannigfachen Facetten unserer Arbeit beleuchtet wurden, ein einziges Plädoyer für die gesellschaftliche Notwendigkeit unserer Fortexistenz.

Nicht zuletzt die Gäste aus unterschiedlichen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen in Schleswig-Holstein hoben die Bedeutung des Wirkens der VVN-BdA hervor.

Parteien waren vertreten durch Rüdiger Schulze, stellvertretender Landesvorsitzender des Südschleswigschen Wählerverband (SSW), den Bezirksvorsitzenden der DKP in Schleswig-Holstein Christian Koberg und Jens Schulz, Landessprecher Die Linke Schleswig-Holstein. In ihren Beiträgen verwiesen die Parteienvertreter einmütig auf die Rolle der VVN-BdA als unverzichtbarer Bündnispartner im Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus.

Matthäus Weiß, Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma übermittelte die Grüße seines Verbandes. Er kritisierte scharf die gesetzliche Verankerung der Länder des westlichen Balkan als sichere Herkunftsstaaten. Diese Abschottungspolitik und die Abschiebungspraxis richte sich im hohen Maße gegen aus Südosteuropa geflohene Roma. Dies sei angesichts der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber den Sinti und Roma, von denen unter der faschistischen Herrschaft 500.000 Männer, Frauen und Kinder ermordet wurden sind, nicht hinnehmbar.

Einmütig bezeichneten die genannten Gäste die Erwähnung unserer Organisation im aktuellen Verfassungsbericht als skandalös. Bündnis 90 / Die Grünen waren auf der 42. LDK nicht vertreten. Allerdings hatte die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen im Landtag, Eka von Kalben, in einem Schreiben an den Vorsitzenden unserer Landesvereinigung erklärt, dass sie sich dafür einsetzen wird, dass die die VVN-BdA künftig nicht mehr im Verfassungsschutzbericht erscheinen wird.

Die Diskussion zum Rechenschaftsbericht belegte die Vielfalt unseres Engagements, das dem Schwur von Buchenwald verpflichtet, überparteilich und bündnisorientiert, Antifaschismus als gesellschaftlichen Wert in das Zentrum stellt.

Alter und neuer Vorsitzender: Hartmut Büchsel (l) und Dr. Jürgen Brüggemann

Viele unserer Mitglieder sind unmittelbar in der solidarischen Hilfe für Flüchtlinge aktiv, sie stehen mit anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten in der ersten Reihe, wenn es gilt Angriffe von Neofaschisten zurückzuweisen und sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über Faschismus als Ideologie und Bewegung und darüber, was es heißt, wenn Faschisten an der Macht sind. Sie tun dies als Zeitzeugen, das heißt auch als Die Diskussion zum Rechenschaftsbericht belegte die Vielfalt unseres Engagements, das dem Schwur von Buchenwald verpflichtet, überparteilich und bündnisorientiert, Antifaschismus als gesellschaftlichen Wert in das Zentrum stellt. Viele unserer Mitglieder sind unmittelbar in der solidarischen Hilfe für Flüchtlinge aktiv, sie stehen mit anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten in der ersten Reihe, wenn es

Fortsetzung S.3

Kommentar

Rassisten und Nazis entgegentreten - Refugees welcome

Rassistische Gewalt gehört in Deutschland 2015 zum Alltag. Der Mob kann sich tagelang zusammenrotten und Menschen, die hierher geflohen sind, bedrohen. Im Schutz der Nacht werden Häuser angezündet, in die sie einziehen sollen.Organisatorisch verantwortlich dafür sind Pegida-, NPD- und Nazi-Kader, zunehmend aber auch die AfD, die sich als parlamentarischer Arm der Bewegung andient.

Seit Monaten sind Hass und Gewaltphantasien überall öffentlich präsent. Die Vertreter_innen der Politik, die sich in den letzten Wochen entsetzt zeigen und proklamieren, es dürfe nicht sein, was seit Monaten täglich passiert, haben es zugelassen. Da werden Hassparolen zu „Sorgen der Menschen“, da werden Versammlungs- und Meinungsfreiheit reklamiert, wo es gegen Menschenwürde geht.

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Kriegen, Verfolgung, Umweltkatastrophen und den Verwüstungen der globalen Wirtschaftsordnung, die immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen raubt. Die wenigsten von ihnen schaffen es weiter als in ein Nachbarland. Die aktivsten, entschiedensten, mutigsten wagen den Weg über’s Meer, um die Festung Europa zu erreichen. Tausende von ihnen ertrinken unterwegs, wo immer sie ankommen, begegnet ihnen Ablehnung.

Dass die Kanzlerin Ende August die deutschen Grenzen für Flüchtende geöffnet hat, war die einzig mögliche Antwort, die eine zivilisierte Gesellschaft angesichts der humanitären Katastrophe verantworten kann.

Nun aber erklärt eines der reichsten Länder der Welt täglich den Ausnahmezustand: Geflüchtete werden in Containern, Turnhallen und selbst noch im hereinbrechenden Winter in ungeheizten Zelten untergebracht. Landkreise und Gemeinden erklären sich „überfordert vom Ansturm der Flüchtlinge“, (un-)verantwortliche Minister erregen sich über „Wirtschaftsflüchtlinge”, die nur „in unsere Sozialsysteme“ einwandern wollen. Schnell wird im Windschatten der “Flüchtlingskrise” - wie es allabendlich in den Nachrichten heißt – die Asylgesetzgebung weiter verschärft. Weitere Staaten werden zu “sicheren Herkunftsstaaten” erklärt und Pläne für Gefängnisanlagen entlang der deutschen Grenzen entworfen. So schaffen Politiker das Ressentiment, dessen gewaltsamen Ausdruck sie beklagen.

Täglich hören wir, nun müssten die Fluchtursachen bekämpft und “Schlepperboote” auch durch die Bundesmarine versenkt werden. „Bekämpfung der Fluchtursachen“ bedeutet aber eine grundsätzliche Änderung der Struktur der Weltwirtschaft und der Politik. Es sind die Auflagen von IWF und Weltbank, die Menschen in vielen Ländern der Welt ihrer Existenzgrundlagen berauben. Es ist die Politik der Destabilisierung „ungeliebter“ Regierungen, die Lieferung von Waffen in Krisengebiete, die Kriege befeuern, es ist die Kooperation mit Diktatoren und Kleptokraten, die dafür sorgt, dass die Verhältnisse bleiben wie sie sind. Flucht ist der Ausdruck der Verhältnisse, die deutsche und europäische Politik wesentlich zu verantworten haben.

Wir wollen deutlich machen, dass Rassismus keine legitime „Meinungsäußerung“ ist, sondern zu den menschenverachtenden ideologischen Grundlagen faschistischer Verbrechen und aktueller Nazi-Gewalt gehört und den Geflüchteten unsere Solidarität zeigen.

Wir wollen von den politisch Verantwortlichen verlangen, dass die Geflüchteten menschenwürdig untergebracht werden und schnellst möglich eine Lebensperspektive für sich und ihre Familien entwickeln können.

Thomas Willms

Karikatur: Thomas Plaßmann

Wir fordern eine grundsätzliche Abkehr von der Politik der Abschottung.

Wir fordern die menschenwürdige Aufnahme der Geflüchteten.

Wir fordern das Verbot der NPD und aller anderen Nazistrukturen und -umtriebe.

Alle Landes- und Kreisvereinigungen der VVN-BdA sind aufgefordert, noch in diesem Jahr an Orten rassistischer Mobilisierung - gern mit vielen Bündnispartner_innen - aktiv zu werden im Sinne unseres Mottos

„Rassisten und Nazis entgegentreten - Refugees welcome“

Wahlergebnisse auf der Landesdelegiertenkonferenz 2015

Geschäftsführender Landesvorstand:
Dr. Jürgen Brüggemann (Landesvorsitzender)
Jens Wilke (stellv. Landesvorsitzender)
Annegret Hecker (Landeskassiererin)
Wittigo Stubbe, Ulf Stephan

Hartmut Büchsel wurde im Rahmen der konstituierenden Sitzung des GLV kooptiert.
Revisoren:Jürgen Prade
Hans-Ewald Mertens
Beschwerdekommission: Konstantin Konstaninu und Günther Wilke
Dr. Jürgen Brüggemann und Hartmut Büchsel (Vertr.) wurden für den Bundesausschuss nominiert.

Fortsetzung von S.1

gilt Angriffe von Neofaschisten zurückzuweisen und sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über Faschismus als Ideologie und Bewegung und darüber, was es heißt, wenn Faschisten an der Macht sind. Sie tun dies als Zeitzeugen, das heißt auch als Die VVN-BdA betrachtet sich als selbstverständlicher Teil der Friedensbewegung. Nicht nur anlässlich der Ostermärsche in Schleswig-Holstein und der Veranstaltungen zum Antikriegstag arbeiten wir eng mit in der Friedensbewegung verankerten Organisationen, Gewerkschaften, Parteien sowie religiösen und kirchlichen Gemeinschaften zusammen. Dieses Engagement wurde von Benno Stahn gewürdigt, der als Gast den Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung Schleswig-Holstein (ZAA) vertrat.

Der Nachmittag wurde durch ein Referat des Bundesvorsitzenden der VVN-BdA Axel Holz eingeleitet. Er sprach zum Thema „Neue Herausforderungen in der Erinnerungs- und Gedenkpolitik" und kündigte eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz zu diesem Thema für 2016 an. Die Gedenkstättenarbeit hatte bereits entsprechend ihres Stellenwertes im Rechenschaftsbericht einen großen Raum eingenommen. Axel Holz skizzierte vor uns stehende Aufgaben und forderte zum Nachdenken über neue Herausforderungen auf. Im Mittelpunkt der Erinnerungsarbeit der VVN-BdA „sollte neben einer ausgewogenen Behandlung der Opfergruppen die Erinnerung an den Widerstand gegen das NS-Regime sein." Er betonte: „Die VVN ist die Erbin des Widerstandes und muss diesen Aspekt auch in Zukunft sichtbar öffentlich machen. Zu ihrer historischen Verantwortung gehört es, allen Opfern zu gedenken und ein erneutes Vergessen oder gegeneinander ausspielen einzelner Opfergruppen nicht zuzulassen."

Uta Körby, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein, griff die Aussagen des Referenten gern auf und verband ihr Grußwort an die LDK mit der Überlegungen, die Parallelen zwischen den genannten Problemfeldern und den aktuellen Aufgaben der LAGSH aufzeigten.

Der Verlauf der Landesdelegiertenkonferenz hat noch einmal verdeutlicht, dass unser gemeinsames Anliegen die Kreisvereinigungen solidarisch zusammen stehen lässt. Die Aufgaben der nächsten Jahre wurden klar formuliert. Um diese aber erfolgreich lösen zu können, bedarf es noch einiger Voraussetzungen. Dazu gehören eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit und eine erfolgreiche Mitgliedergewinnung. Last uns dabei an die Erfolge des Jahres 2015 anknüpfen!

Jürgen Brüggemann

PS: Die Wertschätzung unserer Landesorganisation im Friedens- und Antifa-Bündnis verdanken wir in den vergangenen acht Jahren ganz besonders unserem bisherigen Landesvorsitzenden Hartmut Büchsel, der sich aus gesundheitlichen Gründen aus der Vorstandsarbeit zurückziehen muss. Hartmut wird uns ebenso wie sein Freund und Weggefährte Rolf Burgard weiter nach Kräften mit Rat und Tat zur Verfügung stehen. Wir werden in der Zukunft noch oft auf ihre Hilfe angewiesen sein. Vielen Dank Hartmut, vielen Dank Rolf!

Bundessprecher Axel Holz hielt das Hauptreferat

Tagespräsidium der Konferenz

Uta Körby, Vorsitzende des Landesgedenkstättenausschusses

Abschiedsgeschenk für den Landesvorsitzenden: Ein Originaldruck des schleswig-holsteinischen Künstlers Gerhart Bettermann

Dank der Kreisorganisation Lübeck/ Lauenburg durch Jean-Paul Köpsell

Flüchtlinge im deutschen Herbst

Es ist Anfang September und ich bin mit vier 16 bis 22 jährigen Afghanen auf der Kieler Förde unterwegs von der Bahnhofsbrücke nach Laboe. Drei meiner Begleiter sollen in der nächsten Woche abgeschoben werden – nicht zu den Taliban, sondern erst einmal z. B. nach Bulgarien, denn sie sind sogenannte „Dublin III-Fälle“. Gemäß der unsäglichen Dublin III Regel müssen Flüchtlinge in dem Land Asyl beantragen, in dem sie zuerst registriert worden sind. Und das ist nun einmal sehr häufig Bulgarien. Die Behandlung von Flüchtlingen ist dort ähnlich wie in Ungarn absolut menschenunwürdig. Es gibt zahlreiche Berichte von Pro Asyl und amnesty international. Der UNHCR (Flüchtlingsrat der UN) hat bereits 2014 systemische Mängel bei den bulgarischen Asylverfahren festgestellt. Ein flüchtiger Blick auf eine Europakarte zeigt uns, dass Deutschland von „sicheren Drittstaaten“ umzingelt ist. Ein Flüchtling der in Deutschland rechtmäßig Asyl beantragen will, muß schon mit dem Fallschirm abspringen. Für syrische Flüchtlinge – und nur für die – gilt zur Zeit das Dublin-Verfahren nicht.

Den Schiffsausflug mache ich mit meinen jungen Afghanen, damit sie für ein paar Stunden die ganzen schrecklichen Erlebnisse der Flucht und des Aufenthalts in einem bulgarischen Lager vergessen können. Außerdem haben sie noch nie das Meer gesehen. Es ist für sie faszinierend und beängstigend zugleich. In Laboe gehen wir nach Besichtigung einer deutschen Hightechvernichtungsmaschine (U 995) und ein wenig Nachhilfeunterricht in deutscher Geschichte in ein Restaurant. Während wir auf das Essen warten wird fleißig Deutsch geübt. Wir konjungieren Verben – ich esse, du isst, er/sie/es ißt, wir essen usw.... Auf einmal schiebt M. mir einen kleinen Zettel zu: „wir sind glücklich“. Ich habe große Mühe, die Fassung zu bewahren. Wir unterhalten uns übrigens auf Englisch und Deutsch. Meine afghanischen „Kinder“ haben mich gezwungen, mein schlechtes Schulenglisch deutlich zu verbessern. Allein dafür bin ich Ihnen dankbar.

Noch vor wenigen Tagen hatte ich wieder einmal einen „Feuerwehreinsatz“. Ich saß bis Mitternacht bei ihnen, zusammen mit einem weiteren Afghanen, den ich auch betreue und der gut Deutsch spricht und versuchte sie zu beruhigen. Sie waren voller Panik, weil in der afghanischen community schlimme Horrorstories kursieren. „Sie holen uns in der Nacht aus dem Bett.“„Nein, so etwas passiert nur, wenn man Fehler macht. Wir machen aber keine Fehler und ihr werdet nicht abgeschoben. Wenn die Dublin-Fristen* verstrichen sind seid ihr frei und könnt endlich in Deutschland einen Asylantrag stellen. In der Zwischenzeit lernt ihr gut deutsch und beginnt nächstes Jahr eine Berufsausbildung, denn Azubis sollen künftig, unabhängig vom Asylverfahren, nicht abgeschoben werden.“ ** Ich hatte große Angst, weil M. schon einmal angedeutet hatte, sich die Pulsadern aufzuschneiden. Außerdem befürchtete ich, dass sie untertauchen wollten. Das wäre fatal, denn dann hätte sich die Dublin-Abschiebefrist von 6 auf 18 Monate verlängert.

Inzwischen haben wir Mitte Oktober und die Dublin-Fristen für unsere drei jungen Afghanen und eine afghanisch-iranische Familie, deren Abschiebung wir ebenfalls verhindern konnten, sind ver-strichen. Unser Anwalt rät aber noch vorsichtig zu sein und auf den erlösenden Brief vom Bundesamt für Migration zu warten: „Die Bundesrepublik Deutschland ist für ihr Asylverfahren zuständig!“ Dann können die Asylanträge gestellt werden und wir haben zumindest wieder Zeit gewonnen.

Ich betreue die genannten Afghanen nicht allein. Es sind noch ein weiterer Asylpate und zwei ältere Damen mit dabei, die sich ganz liebevoll um die afghanisch-iranische Familie mit ihrem zwei-jährigen Sohn kümmern,. Wir alle hatten zahlreiche schlaflose Nächte. Man kann seine eigenen Gefühle und Ängste nicht einfach per Knopfdruck abschalten. Wir hatten unseren afghanischen Freunden soviel Hoffnung gemacht.

Einen weiteren Erfolg im Kampf gegen Abschiebungen konnte eine Asylpatin des Bordesholmer Freundeskreises Asyl erzielen. Sie betreut eine Mazedonierin. Ein hoffnungsloser Fall, so schien es, weil Mazedonier fast immer abgeschoben werden. Mazedonien gilt wie inzwischen alle Balkan-Staaten als „sicherer Drittstaat“. Thomas de Maiziére findet, dass EU-Beitrittskanditen automatisch immer sichere Drittstaaten sind, da die Anerkennungsquote in Deutschland kleiner ist als 1%. Unsere Qualitätsmedien halten es auch nicht für nötig, einmal ernsthaft in Europa zu recherchieren. Sonst wüßte nämlich der „besorgte Bürger“, das Flüchtlinge aus Balkanstaaten (häufig Roma, die dort absolut menschenunwürdig behandelt und schwer diskriminiert werden) z. B. in der Schweiz und in Frankreich Anerkennungsquoten von bis zu 40% erreichen.

Trotz der Erfolge der Mitglieder des Freundeskreises Asyl Bordesholm bin ich nicht wirklich glücklich, denn die nächs-

DIE UHREN TICKEN WIEDER ANDERS

Karikatur: Tomicek

Nachruf für unseren Friedensfreund Dr. Peter Strutynski

Unser guter Friedensfreund Dr. Peter Strutynski lebt nicht mehr. Er ist am 26. September nach schwerer Krankheit im Alter von 70 Jahren in Kassel verstorben. Peter ist vielen Schleswig-Holsteinern bekannt durch seine hervorragenden Reden auf Ostermärschen in Kiel und Wedel sowie auf Veranstaltungen unserer Organisation wie z.B. in Lübeck und Heideruh. Peter hat es wie kein anderer vermocht, einen Brückenschlag herzustellen zwischen Friedensforschung und wissenschaftlicher Analyse einerseits und einem aktionsorientierten Herangehen zum Kampf für Frieden und Abrüstung andererseits. Peter war Mitbegründer des seit 1994 jährlich stattfindenen Friedensratschlages in Kassel der von ihm maßgeblich geprägt wurde.

Er hat in der internationalen Friedensbewegung hohe Anerkennung und bleibende Verdienste erworben.

Für ihn war die Aussage: Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus - eine der Grundlagen seines politischen Lebens. Er war in der Antifabewegung genau so aktiv wie an der Basis der Friedensbewegung.

Peter wird uns sehr fehlen. Wir werden in seinem Sinne weitermachen.

Lore und Bernd Meimberg

ten Dublin-Fälle sind schon da. Ich habe den Eindruck, dass fast nur noch solche Flüchtlinge zu uns kommen. Außer den Syrern sind alle von den Dublin-Regeln betroffen. Was nützt die schönste „Willkommenskultur“, wenn viele Flüchtlinge überhaupt keine Chance haben, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen?

Der Freundeskreis Asyl Bordesholm (FKA) wurde Anfang 2014 gegründet und wird organisatorisch von Stefanie Kämpf, Pastorin der Christuskirche Bordesholm, geführt. Das ist sehr sinnvoll und erfolgreich, da die ev. Kirche eine sehr gute Flüchtlingspolitik macht und über eine hervorragende Infrastruktur verfügt. So findet z. B. in den Gemeinderäumen mehrmals wöchentlich von mehreren pensionierten Lehrern ehrenamtlich Deutschunterricht statt. Offiziell haben Flüchtlinge erst nach Anerkennung Anspruch auf Sprachkurse. Außerdem gibt es noch eine Fahrradgruppe, die alte Fahrräder repariert und Flüchtlingen, die außerhalb von Bordesholm untergebracht sind, zur Verfügung stellt. Der TSV Bordesholm bietet Sportmöglichkeiten an. Einmal wöchentlich treffen Mitglieder des Freundeskreises sich mit Flüchtlingen im AWO-DRK

Haus zu einem Kaffe-Tee- und Sprechnachmittag. Wenn man bedenkt, dass Bordesholm mit den umliegenden Amtsgemeinden gerade mal rd. 14000 Einwohner hat, finde ich es sehr beachtlich, dass sich mehr als 70 Menschen ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren.

Der Freundeskreis arbeitet übrigens sehr angenehm mit der Amtsverwaltung zusammen. Die dortigen MitarbeiterInnen haben es bisher mit großen Einsatz geschafft, alle Flüchtlinge menschenwürdig in Wohnungen und Häusern unterzubringen.

Man könnte fast von einer kleinen, heilen Welt in Bordesholm sprechen, wenn da nicht auch die verfassungswidrigen Einschränkungen des Asylrechts wie ein Damoklesschwert über uns schweben würden.

Jürgen Prade

Karikatur: Thomas Plaßmann

Nach dem Brandanschlag – Flensburg gegen Fremdenhass

Nach einem Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in der Flensburger Travestraße in der Nacht vom 15. zum 16. Oktober zeigte sich Oberbürgermeister Simon Faber in den Medien überrascht: Nie habe er es für möglich gehalten, dass in dieser weltoffenen Stadt so etwas geschehen könne. Faber hatte ganz andere Bilder vor Augen, denn seit Tagen waren Freiwillige auf dem Bahnhof stundenlang im Einsatz, um Flüchtlinge auf dem Weg nach Schweden zu betreuen, sie mit Essen, Trinken, warmer Kleidung und Fahrkarten zu versorgen. Und nun dieser Brandanschlag.

Das können wir nicht hinnehmen, sagten sich Aktivisten des Partei übergreifenden Bündnisses „Buntes Flensburg“, und Heinz- Werner Jezewski, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linken in der Ratsversammlung , ergriff die Initiative, für den Abend des 16. Oktober zu einer Demonstration und Kundgebung vor dem Bahnhof zu einer Protestaktion aufzurufen. Fremdenhass ? Das ist nicht Flensburg, meinte Jezewski. Innerhalb von zehn Stunden wurden in einem Schneeball- Verfahren 750 bis 1.000 Menschen mobilisiert. Als Redner der Kundgebung stellten sich Anke Spoorendonk, Stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Schleswig- Holstein, Simone Lange (SPD),, der Landtagsabgeordnete der Grünen, Rasmus Andresen und Heinz-Werner Jezewski zur Verfügung. Aufgerufen hatten außerdem der Deutsche Gewerkschaftsbund, IG Metall, GEW , Vereine und Initiativen. Trotz strömendem Regen harrten bis zum Ende aus, um Flagge gegen Rechts zu zeigen, obwohl es wegen des schlechten Wetters nicht möglich war, Fahnen und Transparente zu entfalten. Aber die „bunten“ Flensburger applaudierten allen Rednern Beifall, die wie Simone Lange den Brandanschlag verurteilten und jegliche Gewalt verurteilte, ob gegen Menschen oder gegen Sachen.

Zwei Stunden vorher hatten sich Demonstranten aus dem antifaschistischen, antimilitaristischen, sozialistischen und kommunistischen Spektrum versammelt, die eine andere Sichtweise in die Protestaktionen einbrachten. Sie entfalteten Transparente gegen Rassismus und Rassisten und zogen Parallelen zwischen „Nazi-Morden und Abschiebungen des Staates“. Dabei bezogen sich Rednerinnen und Redner auf eine tags zuvor ausgestrahlte Monitorsendung zum Bundeswehreinsatz „EUNAVFORMED, der mittlerweile in „Sophiea“ umbenannt worden ist. Dieser Einsatz habe, so enthüllte Monitor, Abdrängen, Zurückweisen und Versenken von Flüchtlingsschiffen zum Ziel. Wenn in den Medien über Rettung von Flüchtlingen berichtet wurde, so sei die Frage zu stellen, wie viele Menschen nicht gerettet, also ertrunken sind. Das Zerstören von Flüchtlingsschiffen, so wurde betont, sei ein eben solches Verbrechen wie das Abbrennen von Flüchtlingsunterkünften.

Gedenkstunde auf dem Ehrenfriedhof

In Gudendorf ermordete sowjetische Kriegsgefangene bekamen ihre Namen wieder

In jahrelanger schwieriger Forschungsarbeit ist es der Initiative „Blumen für Gudendorf“ gelungen, die Namen von 310 sowjetischen Kriegsgefangenen zu ermitteln, die zwischen 1941 und 1945 in den Dünen von Gudendorf (Dithmarschen) begraben wurden. In einer eindrucksvollen Gedenkfeier wurden in Anwesenheit der Stellvertretenden Ministerpräsidentin Anke Spoorendonk und des Konsuls Andre Rumyantsew Tafeln in kyrillischer und deutscher Sprache vorgestellt. Benno Stahn, Sprecher der Initiative, bedankte sich bei der Ministerin für die Förderung der Gedenkstättenarbeit im Lande. Seit sie für Kultur in der Landesregierung verantwortlich ist, seien die finanziellen Mittel für diese Arbeit wesentlich erhöht worden. Schleswig-Holstein sei bisher auch das einzige Bundesland gewesen, das keine Fördergelder vom Bund beantragen konnte, weil es kein Landesgedenkstättenkonzept gab. Das habe sich nun geändert. Auch Prof. Dr. Fouquet von der Bürgerstiftung Schleswig- Holstein würdigte den Einsatz von Ministerin Spoorendonk.

Georg Gerchen, seit vielen Jahren Mitglied der Initiative schilderte die Mühen der Forschungsarbeit, die immer schwieriger wird, je weiter wir uns von Kriegsende und Befreiung vom Hitlerfaschismus entfernen. Dennoch soll die Arbeit fortgesetzt werden, weil zu vermuten sei, dass noch mehr Unbekannte in Gudendorf ihr Leben verloren. Wie viele es sein können, ist bisher nicht bekannt. Aber die Initiative werde nicht nachlassen in ihrem Bestreben, allen Toten ihre Namen wiederzugeben.

Gudendorf gehöre zum kollektiven Gedächtnis des Landes Schleswig- Holstein, sagte Anke Spoorendonk. Das Grauen habe nicht nur in Auschwitz, Buchenwald und Dachau stattgefunden sondern auch direkt vor unserer Haustür. Erinnerung brauche Orte. Sie machten deutlich, dass es kein Verdrängen und Vergessen unserer Geschichte geben darf.

Andre Rumyantsew vom Generalkonsulat der Russischen Föderation in Hamburg bedankte sich für die Arbeit der Initiative und bei Bürgermeister Werner Höfs für das Engagement der Gemeinde Gudendorf. Der Konsul betonte die Notwendigkeit guter Beziehungen zwischen Russland und Deutschland. Sie seien die Grundlage für Frieden in Europa.

oben:
Konsul Andre Rumyantsew
Benno Stahn
stellv. Ministerpräsidentin Anke Spoorendonk

links:
Anke Spoorendonk

„Kinder und Enkel von Verfolgung und Widerstand“ im Norden

Wir sind Kinder und Enkel, die den Einsatz ihres Vaters, ihrer Mutter oder anderer Angehöriger gegen die Nazi-Diktatur als Vorbild oder Vermächtnis sehen.

Deshalb stellen wir uns als Zeug*innen zur Verfügung, die anhand konkreter Lebensgeschichten vom Kampf gegen Nazi-Faschismus und Rassenwahn berichten können. Unsere Angehörigen haben Dokumente hinterlassen, Biografien geschrieben und Einzelheiten erzählt.

Wir wollen Schulen, Veranstaltungen und Foren besuchen und über die dunkelsten Stunden deutscher Geschichte informieren. Dies können wir mit anschaulichen Beispielen erläutern, die sich anschaulich und vielschichtig zu einem Mosaik zusammenfügen.

Unser Wunsch ist es, im Laufe der Zeit eine Materialsammlung über konkrete Lebensläufe und Leidenswege unserer Eltern und Großeltern in Schrift, Bild, Film und Tonaufnahmen zusammenstellen.

Mit unserer eigenen Geschichte bis zum heutigen Tag können wir zur Darstellung der Verfolgungsgeschichte unserer Eltern und Großeltern beitragen.

Es ist uns wichtig, unsere Erfahrungen und Materialien möglichst authentisch anzubieten.

Schulklassen, Jugendgruppen, Volkshochschulkurse und Gewerkschaften können uns zu Gesprächen und Vorträgen, ggf. mit multimedialer Unterstützung einladen.

Wir verstehen unsere Angebote als persönlich geprägte Zeitzeugenschaft, die wir zum Teil historisch-wissenschaftlich untermauern.

Auf diese Weise möchten wir zu zivilcouragiertem, demokratischem und antirassistischem Denken und Handeln beitragen,.

Faschismus, Neonazismus, Rassen- und Fremdenhass, die in den letzten Jahrzehnten wieder an Terrain gewinnen konnten, dürfen nie wieder und nirgendwo die Macht ergreifen.

Christel Pieper

Das 3. Netzwerktreffen der „Kinder und Enkel von Verfolgung und Widerstand“ findet am 21. und 22. November 2015 in der Antifaschistischen Begegnungsstätte Heideruh in Buchholz/Nordheide statt.
Anmeldungen über info@heideruh.de oder 04181-8726.
Wir freuen uns über eine rege Beteiligung.
Christel Pieper - für das Kommissionskomitee

Am 12. Oktober 2014 wurde ein Kommissionskomitee gebildet, dieses besteht aus 6 „Kindern“. Von links: Norma van der Walden, Bea Trampenau, Ilse Jacob, Christel Pieper, Uta Kuhl, Bertrand Wahls.

Zum nächsten Sommerfest sehen wir uns wieder

VVN-BdA- Kameradinnen und Kameraden besuchten „Heideruh“

Das Wohn- und Erholungsheim Heideruh in Buchholz in der Nordheide war mehreren Mitgliedern unserer VVN- BdA- Gruppen Wedel und Elmshorn seit vielen Jahren ein Begriff. Aber es gab auch einige, die noch nie in dieser von Antifaschisten aufgebauten Einrichtung gewesen waren. So wurde beschlossen, „Heideruh“ als Ziel einer Ausfahrt auszuwählen. Es war ein wunderschöner Sonntag, den wir dort verbrachten. Bea Trampenau, die heute „Heideruh“ leitet, erzählte uns eindrucksvoll von der Arbeit ihres Teams und zeigte uns Videos. Bei der Gründung fanden in diesem Heim nach der Befreiung Verfolgte des Naziregimes Erholung. Heute ist die Einrichtung antifaschistische Bildungsstätte für Jung und Alt. Aktuell ist „Heideruh“ auch Wohnquartier für politische Flüchtlinge aus Afrika, die Asyl in Deutschland beantragt haben.

Als wir uns von „Heideruh“ und Bea Trampenau verabschiedeten, versprachen wir wiederzukommen, spätestens zum Sommerfest 2016. Wi.

VVN-BdA-Kameradinnen und Kameraden aus Wedel und Elmshorn besuchten „Heideruh“

Fotos
L. Meimberg 5
J.Wilke 1
Antifa Flensburg 2
Ch.Pieper 1
M.Stein 1
M.Goischke 2
Archiv Heideruh 1
U.Stephan 1

John Lennon – Musiker, Poet, Friedensaktivist

Sein Song „Imagin“ zählt zu den Klassikern der Popmusik. 1971 komponiert, wurde er zu einer Hymne der internationalen Friedensbewegung. Im Text beschreibt der Beatle eine Welt, die frei ist von Krieg, von Nationalismus und Privateigentum. Anlässlich seines 75. Geburtstages zeigt das Ernst- Barlach- Museum in Wedel noch bis zum 28. Februar 2016 eine Ausstellung über den Musiker, Poeten, Zeichner und Friedensaktivisten. Darin werden die biografischen Stationen seines Lebens dokumentiert in Form von Songtexten, Objekten, Fotos, Postern, Videos, Zeichnungen und Lithografien.

John Lennon war erst 40 Jahre alt, als er in seiner Wohnung im Dakota Building in der 72. Straße von New York erschossen aufgefunden wurde. Unvergessen sind auch seine Filme mit Yoko Ono wie „War is over“ und dem Song „Give peace a chance“.

E.Barlach-Museum Wedel

Anti - TTIP Demo macht Mut

Politisch – laut – bunt waren Demo und Kundgebungen am 10.10. in Berlin.

Die Veranstalter im Bündnis erlebten etwas, was so eher auch in der außerparlamentarischen Bewegung eine Seltenheit ist: statt der prognostizierten 50.000 kamen mehr als 250.000!

Der Stern veröffentlichte, die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen TTIP. Auch bei dem CDU – orientierten Teil sei es fast die Hälfte der Befragten, und im sozialdemokratisch orientierten Umfeld waren fast 2/3 der Befragten gegen Freihandelsabkommen diesen Inhaltes.

In relativ kurzer Zeit wurde, auch mit Hilfe der neuen Medien, durch Information, Aufklärung, Diskussion und Aktionsorientierung eine beachtliche Wirkung erzielt. Der Pro-TTIP-Propaganda mancher Medien und auch Regierenden, wie Vizekanzler Gabriels Großanzeigen, wurde erfolgreich entgegengewirkt. Die regierenden Parteien und die politisch mächtigen Konzerne und Banken haben damit zunächst eine deutliche Niederlage erlitten.

Was sind Ursachen dafür?

- Die Erfahrung zeigt, dass Versprechungen für eine glückliche sorgenfreie Zukunft der Bevölkerung oft nur vergiftete Köder sind für neue Grausamkeiten in sozialen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Lebensbedingungen. Das Vertrauen in Regierungen, tragende Parteien und Massenmedien verschlechtert sich zunehmend. Nicht zuletzt Kriege, soziale Ungerechtigkeiten, das Flüchtlingselend, ökologische Katastrophen und die überwachungsstaatlichen Strukturen erzeugen Ablehnung und Widerstand.

- Die Gegenkräfte sind infolge vieler Erfahrungen bereit zu Bündnissen und zu gesellschaftlichen Allianzen, die ein beachtliches Potential mobilisieren können. Dabei ist eine wichtige Entwicklung, dass die Tendenz zu mehr Engagement in der Bevölkerung und das gesellschaftspolitische Wirken der DGB Gewerkschaften sich wechselseitig beeinflussen und fördern. Auch internationale Entwicklungen wirken stimulierend durch schnelle Kommunikationsmöglichkeiten.

Zumindest in einigen Regionen gelingt es, den antifaschistischen Konsens so zu entwickeln, dass er das politische Klima bestimmt.

Erste Reaktionen in Berlin und Brüssel zeigen, dass der Protest angekommen ist.

Die Aktionen gegen TTIP, CETA und TISA haben insbesondere bei der Großdemonstration in Berlin sicht- und hörbar eine beachtliche politische Ausrichtung.

Diese Feststellung darf aber nicht übersehen, dass dies auch zu gefährlichen Rechtstendenzen und zur Stärkung neofaschistischer und ausländerfeindlicher Gruppierungen und deren Aktivitäten beitragen kann. Wir sollten das angesichts der latenten Gefahr weiterer Formierungen rechter und faschistischer Kräfte nicht unterschätzen. Sie versuchen, sich als Kräfte zu profilieren, die TTIP ablehnen, bedienen dabei aber gefährliche nationalistische Parolen. Sie formulieren z.B. plumpen Anti-Amerikanismus. Objektiv erfüllen sie die Aufgabe, vom Inhalt der wahren Bedrohungen durch Freihandelsabkommen abzulenken, die Bewegung zu spalten und zu diskreditieren.

Dennoch: Die gelungene Großdemonstration, besonders auch der große Anteil junger Menschen kann stimulierende Wirkungen für längst notwendige breite gesellschaftspolitische Bewegungen und Allianzen haben. Sie müssen jetzt vor allem vor Ort in Betrieben, Dörfern, Stadtteilen und Regionen wachsen. Heinz Stehr

Enttäuschung über Ablehnung des Kirchenasyls im Hamburger Michel

VVN - Gruppe Wedel fordert Bleiberecht auch für Sinti und Roma

Nur für einige Tage fanden von Abschiebung bedrohte Roma- Familien Notunterkunft in der Hamburger Michaeliskirche. 44 Roma aus Mazedonien, Serbien und Kosovo, 15 Erwachsene und 29 Kinder, hatten mit Unterstützung der Sinti und Roma-Union Hamburg den Michel „besetzt" und angekündigt, bleiben zu wollen. Aber die Nordkirche verweigerte ihnen das Kirchenasyl . Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft könnten nicht erzwungen werden, sagte Pastor Stefan Döbler im NDR zur Entscheidung der Nordkirche. Die Kirche stellte zwei Räume im Gemeindehaus zur Verfügung, wo die Roma kurzfristig unterkommen können, der Rest ist nun über die ganze Stadt verteilt. Pröpstin Ulrike Murmann nannte die Lage der Roma auf dem Balkan zwar bedrohlich und sprach sich für eine individuelle Prüfung der Asylgründe aus. Aber diese Prüfung hat bereits stattgefunden und mit der Abschiebung geendet. Eine erneute Überprüfung werde dasselbe Ergebnis bringen, auch wenn sie in Begleitung von Kirchenvertretern stattfände, meinte ein Sprecher der Roma.

Während ihres Aufenthalts im Michel hatten die Familien aus dem Balkan Hilfsbereitschaft und Solidarität aus Nah und Fern erfahren. Unter denen, die mit Geld- und Sachspenden den Aufenthalt der Roma unterstützten, gehörte auch die VVN- BdA- Gruppe Wedel, die sich mit sechs Kameradinnen und Kameraden zum Gemeindehaus der Michaeliskirche begab. Auf ihrem Gruppenabend hatten die Wedeler spontan 160 Euro gesammelt, die dem Sprecher der Roma übergeben wurden. Außerdem brachten die Wedeler Süßigkeiten für die Kinder mit.

Dem Sprecher der Roma-Gruppe übergaben die Wedeler eine Solidaritätsadresse, in der es heißt: „Wir fordern Bleiberecht für die Roma-Familien und bekräftigen die grundsätzliche Haltung des Bundesvorstands der VVN - BdA, dass gerade Deutschland gegenüber den Nachkommen der Opfer des Holocaust an 500.000 Roma und Sinti eine historische Verantwortung zu übernehmen hat."

Mit der rigorosen Abschiebung dieser Menschen in so genannte „sichere Herkunftsländer" wie Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kroatien, Kosovo und Serbien muss sofort Schluss gemacht werden. In diesen Ländern ist kein Platz für Roma. Sie werden ausgegrenzt und mittellos sich selbst überlassen. Das ist unverantwortlich", betonen die Wedeler Kameradinnen und Kameraden.

Eine Gruppe von Sinti und Roma will für ihr Bleiberecht vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Die Klage, die ein Hamburger Rechtsanwalt einreichen will, richtet sich gegen den Status sicherer Herkunftsländer. Für das Bleiberecht weiter kämpfen zu wollen, hatten die „Michel-Besetzer" auch auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme bekundet, wo sie eine Gedenkkundgebung für ihre von den Nazis ermordeten Familien abhielten. G.W.

Termine

3. November Fahrt der VHS Quickborn zur Gedenkstätte Bergen-Belsen. Anmeldung:
info@vhs-quickborn.de Kosten 24 €

8. November 17 Uhr Jüdische Gemeinde Pinneberg, Clara Bartram-Weg 14,
„Der NSU – der Staat – die Gesellschaft“ Referentin Katharina König (Die Linke)

8. November 10.30 Uhr auf dem Friedhof Eichhof in Kiel. Treffen Eingang Eichhofstr.
Kranzniederlegung für die Opfer der November-Revolution.

9. November 11.30 Uhr Gedenken an der ehemaligen Synagoge Goethestraße/Humboldtstr. in Kiel. Anschließend Stadtrundfahrt mit Eckhard Colmorgen „Kiel 1933 – 1945“

9. November 17 Uhr Gedenkplatz Synagoge Flamweg in Elmshorn
mit Dr. Jürgen Brüggemann, VVN-BdA

14. November: Gäste der „Stichting Oktober 44“ aus Putten (Niederlande) in Wedel.
Uhrzeit bei Tel. 04103-3386 oder 04103-3486 erfragen.

15. November 11.30 Uhr Friedhof Breiter Weg Wedel (Volkstrauertag), anschließend
Gedenkstunde am KZ-Gedenkstein

15. November 11.30 Uhr Gedenkort Arbeitserziehungslager Nordmark Stadtteil Kiel-Russee
(Rendsburger Landstraße /Höhe Achterwehrer-Straße)

28. November 14.30 Uhr DGB-Haus Neumünster Carlstraße 7,
„Die neue deutsche Weltpolitik“ mit Jörg Kronauer,
Sozialwissenschaftler und Journalist

1. Dezember 9 Uhr Norderstedt, Stolpersteinverlegung für Karl Offen, Apmannsweg 23
(Auskunft SPD Norderstedt)

1. Dezember 10 Uhr Kieler Straße 157 in Norderstedt, Stolperstein für Paul Thomsen

2. Dezember Stolpersteinverlegung in Wedel, Uhrzeit bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Kontakt

Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr.1
24340 Eckernförde
vvn-bda-sh@t-online.de

Kiel: Christel Pieper, Lindenstr.9, 24118 Kiel
vvn-bda-Kiel@gmx.de

Flensburg: Ludwig Hecker, Schulz-Delitzsch-Str.44, 24943 Flensburg
vvn-bda-flensburg@versanet.de

Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster

Norderstedt: Karin Nieswandt, Rathausallee 83 E, 22846 Norderstedt
Nieswandt-Karin@wtnet.de

Pinneberg: Dr. Jürgen Brüggemann, Kaltenweide 77, 25335 Elmshorn
juergen-christine@bruegge48.de

Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5, 22880 Wedel
m.goischke@web.de

Barmstedt: Dr.Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt

Rendsburg/Eckernförde: Matthias Behring, Hufeisenweg 24, 24354 Rieseby
wgr-rieseby@t-online.de

Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn

Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe
v.blaschke@web.de

Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr.16, 23898 Sierksfelde
lobemeimberg@t-online.de

Ostholstein: Rainer Buttkus, Heischweg 17, 24321 Lütjenburg

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste:
www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke, Wedel

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- [ ] Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA.
Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- [ ] Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA
mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von _________Euro*
- [ ] Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung.
- [ ] Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name:

Adresse:

Bitte einsenden an: VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein
Lindenstr. 9, 24118 Kiel
Tel. H. Büchsel, 04351 - 6660805
Fax. M. Wilke, 04103 - 180200
E-Mail. vvn-bda-sh@t-online.de

*Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - VR BankFlensburg-Schleswig e.G.
IBAN: DE11 2166 1719 0004 3329 70 - BIC: GENODEF1RSL

VVN-BdA